

Dresden, 24. November 2009

**Kurzinformation über wichtige Ereignisse und
Aktivitäten extremistischer Organisationen
im Monat Oktober 2009**



Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen

Inhaltsübersicht

1. Rechtsextremismus	
1.1 Ereignisse mit rechtsextremistischem Hintergrund	
Rechtsextremistische Demonstration am 17. Oktober 2009 in Leipzig	3
Wahl eines neuen Landesvorsitzenden auf dem Landesparteitag der sächsischen „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD)	4
Kurzmeldungen	5
1.2 Herausragende Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund	6
2. Linksextremismus	
2.1 Ereignisse mit linksextremistischem Hintergrund	
Demonstration unter dem Motto „Still not lovin’ Germany“ am 10. Oktober 2009 in Leipzig	7
Urteilsverkündung im Prozess gegen drei Angehörige der „militanten gruppe (mg)“ am 16. Oktober in Berlin – Solidaritätsaktion in Leipzig	8
Beteiligung von Linksextremisten an den Protesten gegen eine Demonstration der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) am 17. Oktober 2009 in Leipzig	8
Kurzmeldungen	9
2.2 Herausragende Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund	10
3. Ausländerextremismus	
3.1 Islamismus/Islamistischer Terrorismus	
Gefährdungslage in Zusammenhang mit der Bundestagswahl 2009	11
Prozessbeginn gegen den mutmaßlichen Mörder der Ägypterin Marwa EL-SHERBINY vor dem Landgericht Dresden	11
3.2 Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Kurden – „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) und Nachfolgeorganisationen	
Großdemonstration für Abdullah ÖCALAN in Straßburg	11

1. Rechtsextremismus

1.1 Ereignisse mit rechtsextremistischem Hintergrund

Rechtsextremistische Demonstration am 17. Oktober 2009 in Leipzig

Am 17.10.2009 fand in Leipzig eine rechtsextremistische Demonstration statt, die von einem Leipziger Neonationalsozialisten, der auch Landesvorsitzender der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) ist, unter dem Motto: „Recht auf Zukunft“ angemeldet worden war. Die Polizei löste die Demonstration auf. Aus der Veranstaltung heraus wurden Flaschen, Steine und Knallkörper in Richtung der Beamten geworfen.

Unter den ca. 1.350 Teilnehmern, die aus dem gesamten Bundesgebiet angereist waren, befanden sich auch Angehörige der sogenannten „Autonomen Nationalisten“ (AN) und der „Freien Kräfte sowie tschechische Rechtsextremisten und Mitglieder der rechtsextremistischen „Nationalen Volkspartei“ (NVP) aus Österreich.

Der Beginn der Veranstaltung verzögerte sich, da das Ordnungsamt die Benennung zusätzliche Ordner gefordert hatte und die Demonstrationstrecke durch Gegendemonstranten blockiert war.

Nach Redebeiträgen von drei Rechtsextremisten, heizte vor allem der JN-Bundesvorsitzende Michael SCHÄFER mit einer aggressiven Wortwahl die schon angespannte Stimmungslage noch weiter an: „(...) Kameraden, in Leipzig ist schon einmal ein Staat zu Grunde gegangen. Warum soll es nicht wieder so sein? Warum soll heute nicht der Anfang vom Ende des Projektes BRD sein? (...) Der Widerstand lässt sich nicht verbieten, Kameraden, denn wir kämpfen. (...) Von Leipzig ging schon einmal eine Revolution aus. Und auch heute stehen hier freie Kämpfer – heute stehen hier Revolutionäre. Wir werden uns das von dem Pack nicht gefallen lassen, weder von dem in Rot noch von dem in Grün. (...)“¹

Die Veranstaltung ist seither ein wichtiges Thema in rechtsextremistischen Internetforen. Einerseits werden die Mobilisierung und die erreichte Teilnehmerzahl als Erfolg gesehen. Andererseits wird aber auch die Unerfahrenheit der Organisatoren kritisiert, die die Angriffe auf die Polizisten nicht verhindern konnten und somit Argumente für Verbote zukünftiger Demonstrationen liefern dürften. Als eine weitere Ursache des Misserfolges wird die langfristige Mobilisierung angesehen, die ein koordiniertes Vorgehen der „Staatsmacht“ in Zusammenarbeit mit den „Linken“ ermöglicht habe.

Darüber hinaus werden momentan die Beziehungen zwischen den „Freien Kräften“ und den „Autonomen Nationalisten“ (AN) kontrovers diskutiert. So heißt es in einem Kommentar im Internet „(...) Da frage ich mich doch langsam ob es nicht besser wäre die ANs ein für alle mal aus dem NW [Nationalen Widerstand] raus zu werfen. Sie fügen uns heute genauso Schaden zu wie in den 90ern die Skinheads. So werden wir ewig eine Subkultur bleiben und nie eine Volksbewegung werden.“ Demgegenüber wird aber auch festgestellt: es zählten nicht Bezeichnungen wie „Junge Nationaldemokraten“, „Freie Kräfte“, völkische Deutsche oder „Autonome Nationalisten“. Diese seien lediglich Aktionsformen, es sei schade, dass „aus dem Konzept und der Aktionsform AN jetzt von einigen eine Subkultur gemacht wurde“. Militanz sei schön und gut, aber dazu gehöre „mehr als nen Pflasterstein, zum Beispiel Ortskenntnis, Feindlage, Bullentaktik, Aufklärung und vor allem ein Ziel.“

Gleichzeitig kommt es auch zu strategisch-taktischen Überlegungen. So veröffentlichten die Organisatoren eine Nachbetrachtung, die auf rechtsextremistischen Internetseiten eingestellt ist. Einig ist man sich darüber, zukünftig dezentrale Aktionen oder Spontandemonstrationen durchzuführen, um für die Sicherheitsbehörden unberechenbar zu sein. Dabei wird Gewalt nicht ausgeschlossen. So heißt es unter anderem auf der Homepage des JN-Bundesvorstandes, man müsse sich fragen „wieso wir nicht alle friedlich oder alle militant

¹ Quelle: Internet.

agiert haben, wieso wir nicht als Einheit aufgetreten sind. Man müsse unberechenbar werden und eine eigene Dynamik entwickeln.“

Auch der JN-Stützpunkt Chemnitz veröffentlicht auf seiner Internetseite ähnliche Positionen, und führt die dezentralen Rudolf Heß-„Flashmobs“ an, mit denen es gelungen sei, eine breite Öffentlichkeit zu erreichen.

Bereits in der darauffolgenden Woche fanden am 20. Oktober in Chemnitz (Eigenangaben zufolge 40 Teilnehmer), am 22. Oktober in Leipzig (Eigenangaben zufolge 60 Teilnehmer), am 31. Oktober in Borna (Eigenangaben zufolge 50 Teilnehmer) und am 6. November in Eilenburg (Eigenangaben zufolge 60 Teilnehmer) Spontandemonstrationen von Rechtsextremisten statt. Über diese Veranstaltungen wurden im Internet Videos und Berichte veröffentlicht. Das Demonstrationsvideo von Borna ist mit einer Rede von Joseph Goebbels untermalt und verdeutlicht den politischen Standpunkt der Organisatoren. In den Berichten wird Bezug zum 17. Oktober in Leipzig genommen, wobei die „Nationalen Sozialisten Chemnitz“ (NSC) mit der Formulierung: „Feuer und Flamme der Repression!“ durchaus Gewaltbereitschaft signalisieren.

Bewertung

Die hohe Teilnehmerzahl, die selbst die Erwartung der Veranstalter übertraf, weist auf eine gewachsene überregionale Mobilisierungsfähigkeit der „Freien Kräfte“ hin. Darüber hinaus zeigt sich, dass auch ein relativ allgemein gehaltenes Motto durchaus als ein gemeinsamer Nenner angesehen wird, der eine beachtliche Integrationskraft innerhalb der neonationalsozialistischen Szene besitzt. Auch die Anzahl der in diesem Zusammenhang veröffentlichten Artikel und Kommentare übertrifft die Resonanz der letzten Demonstration des Hamburger Rechtsextremisten Christian WORCH am 24. Juli 2007 in Leipzig um ein Vielfaches und verdeutlicht den Stellenwert dieser Veranstaltung in der rechtsextremistischen Szene.

Neben anfänglicher Kritik an den Organisatoren traten in der sceneinternen Diskussion zunehmend konstruktive Überlegungen strategisch-taktischer Art in den Mittelpunkt, die auf die Durchführung spontaner Aktionsformen abzielen. Dass die Szene in der Lage ist, auf veränderte Bedingungen sofort zu reagieren und ihre Überlegungen in die Praxis umzusetzen, belegen die vier Spontandemonstrationen in Leipzig, Chemnitz, Borna und Eilenburg.

Reagierte die Szene in Leipzig auf die Strategie der Polizei noch mit reaktiver Gewalt, so muss für künftige Aktionen mit einer deutlich herabgesetzten Hemmschwelle der Gewaltbereitschaft gerechnet werden. Das zeigt auch folgender Internet-Kommentar: „Wir scheissen doch auf ihre Demokatur und Gummigesetze, also sollten wir uns auch so verhalten!!! Jetzt ist KÄMPFEN angesagt, auf allen Ebenen, mit allen Mitteln“². Bisher fanden die vorgenannten Spontandemonstrationen gewaltfrei und ohne größere Wahrnehmung in der Öffentlichkeit statt.

Wahl eines neuen Landesvorsitzenden auf dem Landesparteitag der sächsischen „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD)

Am 25. Oktober 2009 wählten die Delegierten des Landesparteitages der sächsischen NPD in Limbach-Oberfrohna Holger APFEL zum neuen Landesvorsitzenden. Er war der einzige Kandidat. Der bisherige Amtsinhaber Winfried PETZOLD kandidierte nicht wieder für diese Funktion. Er wurde zum Ehrengeschäftsführer des sächsischen NPD-Landesverbandes gewählt.

APFEL – bisher stellvertretender Vorsitzender des sächsischen NPD-Landesverbandes – erhielt 48 von 64 Stimmen. Damit kann APFEL, der bereits Vorsitzender der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag ist, nunmehr zwei Spitzenämter auf sich vereinen. Ein vor der Wahl

² Schreibweise wie im Original.

von einem NPD-Kreisverband (NPD-KV) gestellter Antrag auf Trennung von Amt und Mandat wurde nicht beschlossen.

Bestätigt wurden in ihren Funktionen die stellvertretenden Landesvorsitzenden Helmut HERRMANN (NPD-KV Leipzig) und Dr. Johannes MÜLLER (NPD-KV Sächsische Schweiz-Osterzgebirge). Mario LÖFFLER (NPD-KV Erzgebirge) wurde zum neuen stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt.

Landesschatzmeister wurde der NPD-Landtagsabgeordnete Alexander DELLE. Von den zehn Beisitzern sind vier erstmals im sächsischen NPD-Landesvorstand vertreten, darunter die Vorsitzenden der NPD-Kreisverbände Dresden und Nordsachsen. Der NPD-Funktionär Frank ROHLEDER (Beisitzer im NPD-Bundesvorstand) ist nicht mehr im sächsischen NPD-Landesvorstand vertreten.

Bewertung

Trotz des Führungswechsels hat sich die Zusammensetzung des Landesvorstandes der NPD in Sachsen nur unwesentlich verändert.

Die Wahl von Holger APFEL zum neuen Landesvorsitzenden konnte nicht überraschen. Während er bereits seit mehreren Jahren als richtungsweisender Funktionär auftrat, prägte sein Amtsvorgänger Winfried PETZOLD das Erscheinungsbild des sächsischen Landesverbandes nur gering.

APFEL geht gestärkt aus dem Landesparteitag hervor und konnte zugleich seine Machtposition auch innerhalb der Gesamtpartei unterstreichen. Seine innerparteilichen Kritiker konnten sich nicht durchsetzen.

Durch die Wahl zum Landesvorsitzenden hat sich für APFEL kraft Amtes erneut der Zugang zum Bundesvorstand der NPD eröffnet, aus dem er erst während des NPD-Bundesparteitages Anfang April 2009 infolge massiver innerparteilichen Auseinandersetzungen um die Parteiführung ausgeschieden war.

Äußerungen von NPD-Funktionären während des Parteitages, die Ergebnisse der NPD bei den zurückliegenden Wahlen in Sachsen sowie die Ankündigung von APFEL, einen „kommunalen Dauerwahlkampf“ führen zu wollen, lassen gegenwärtig kaum Veränderungen im Kurs der sächsischen NPD erwarten.

Kurzmeldungen

- Am 23. Oktober 2009 führten Rechtsextremisten in Königstein (Landkreis Sächsische Schweiz/Osterzgebirge) einer Meldung im Internet zufolge einen Trauermarsch für einen „Gleichgesinnten“ durch. Dieser hatte am 17. Oktober 2009 Suizid begangen. An der störungsfrei verlaufenden Veranstaltung beteiligten sich etwa 70 Personen. Sie führten schwarze Fahnen und Fackeln mit sich und legten an der Unglücksstelle Blumen nieder. Der Tote hatte zur Kommunalwahl 2009 für die NPD kandidiert.
- Am Abend des 7. Oktober 2009 trafen sich ca. 30 Rechtsextremisten aus Freiberg und Dresden in Freiberg vor der Jakobikirche zu einer stillen Mahnwache. Sie gedachten unter dem Motto: „Mord war ihr Mittel – Freiberg ihr Ziel“ dem Bombenangriff auf Freiberg vor 65 Jahren. Sie führten schwarze Fahnen, ein Transparent sowie eine Fackel mit.

1.2 Herausragende Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund

Körperverletzung am 2. Oktober 2009 in Dresden

Eine 6-8 köpfige Personengruppe beschimpfte einen Passanten und schlug auf ihn ein. Während des Vorfalles skandierten die unbekanntes Tatverdächtigen mehrfach „Heil Hitler“. Der Geschädigte musste ärztlich behandelt werden.

Gewalttätige Ausschreitungen am 24. Oktober 2009 in Brandis (Lkr. Leipzig)

Während eines Fußballspiels zwischen dem FSV 1921 Brandis e.V. und Roter Stern Leipzig '99 kam es zu teils schweren, gewalttätigen Ausschreitungen mehrerer Dutzend Randalierer. Die Staatsanwaltschaft Leipzig leitete ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wegen des Tatverdachts des schweren Landfriedensbruchs und der gefährlichen Körperverletzung ein. Die Polizeidirektion Westsachsen gründete eine eigene Ermittlungsgruppe.

2. Linksextremismus

2.1 Ereignisse mit linksextremistischem Hintergrund

Demonstration unter dem Motto „Still not lovin' Germany“ am 10. Oktober 2009 in Leipzig

Am 10. Oktober 2009 demonstrierten in Leipzig ca. 1.800 Personen, darunter auch Autonome, unter dem Motto „Still not lovin' Germany“ gegen die Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der friedlichen Revolution in der DDR. Während des Aufzuges wurden zwei Feuerwerkskörper gezündet. In der Petersstraße wurden Polizeibeamte, die den Demonstrationszug kurzzeitig begleiteten, umschlossen und bespuckt. Die Polizei nahm zwei Personen wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz in Gewahrsam.



Aufgerufen zur Demonstration hatte ein „Arbeitskreis 2009“ (AK 2009). In diesem vereinen sich neben nicht extremistischen Strukturen auch die der Leipziger autonomen Szene zuzurechnenden Gruppierungen „Antifaschistischer Frauenblock Leipzig“ (AFBL), „Antinationale Gruppe Leipzig“ (AGL)³ und „Leipziger Antifa“ (LeA). Sowohl der Demonstrationsaufruf als auch die Demonstration selbst wurden – Veröffentlichungen auf der Homepage des Arbeitskreises zufolge – von zahlreichen linksextremistischen Gruppierungen aus anderen Bundesländern unterstützt. Pressemeldungen zufolge soll auf mehr als 200 Internetseiten für die Demonstration geworben worden sein. Um für die Demonstration zu werben, führte der „AK 2009“ darüber hinaus eine Reihe von Informationsveranstaltungen durch, insbesondere in Dresden, Chemnitz und Leipzig.

Zum Anliegen der Demonstranten hieß es in einem im Internet veröffentlichten Redebeitrag der „Leipziger Antifa“:

„Als radikale Linke verweigern wir das Bekenntnis zur Nation und die Loyalität zu Deutschland. Wir können nicht über eine befreite Gesellschaft reden, solange wir noch über Deutschland reden müssen.“

„Wir“ – so hieß es in einem weiteren Redebeitrag – „halten an der antideutschen Position fest, es bleibt richtig, die spezifischen Verhältnisse Deutschlands und eines deutschen Nationalismus zu kritisieren. Nationalismus ist für uns ein Problem, weil er auch als Ideologie Ausschlüsse produziert, die jenseits des Verwertungszusammenhangs immer wieder zu Diskriminierungen, Verfolgungen und Tod führen. Deshalb ist es wichtig, sich gegen die hiesigen Zustände des Nationalismus zu wenden – damit Geschehnisse wie in Mügeln keinen Nährboden mehr finden. (...) Wir bleiben dabei: Deutschland halts Maul! Du nervst! Nationen abschaffen, fangen wir mit Deutschland an!“

Während von Seiten des Veranstalters die Demonstration insgesamt als Erfolg gewertet wurde, waren die Meinungen anderer Teilnehmer zur Demonstration bisherigen Verlautbarungen zufolge eher geteilt. Während einerseits die Demonstration als „gelingen“ bezeichnet wird und insbesondere die Redebeiträge gelobt werden, wird in anderen Beiträgen im Internetportal „Indymedia“ beklagt, dass nicht die „richtige Stimmung“ aufgekommen sei und die durchaus interessanten Redebeiträge über „deutsch-völkischen Nationalismus“ mit ihrer Dauer die „restliche Power“ aus der Demonstration genommen hätten. Es sei nicht möglich gewesen, Passanten das Anliegen der Demonstration zu vermitteln.

³ Die AGL löste sich Eigenangaben zufolge zwischenzeitlich auf.

In einem, ebenfalls im Internet veröffentlichten Beitrag wird zudem festgestellt, dass die De-eskalationstaktik der Polizei dazu geführt habe, dass Inhalte präsentiert werden konnten, die Stimmung jedoch „bescheiden“ gewesen sei.

Bewertung

Die Teilnahme von ca. 1.800 Personen zeigt, dass es den überwiegend der sächsischen autonomen Szene zuzurechnenden Initiatoren gelungen ist, mit dieser Thematik bundesweit erfolgreich zu mobilisieren. Zu der hohen Teilnehmerzahl dürften auch die zahlreichen Mobilisierungsveranstaltungen beigetragen haben.

Die Kritik an der Demonstration vom 10. Oktober zeigt, dass friedliche Demonstrationen, bei denen es vor allem um die Vermittlung von Inhalten geht, einigen Teilnehmern weniger erstrebenswert erscheinen.

Aktionen der mehrheitlich „antideutsch“ ausgerichteten sächsischen autonomen Szene sind nach der Demonstration am 10. Oktober 2009 auch für das Jahr 2010 anlässlich der Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der Wiedervereinigung Deutschlands zu erwarten. Bundesweit ruft bereits das „... Ums Ganze!-Bündnis“, ein Zusammenschluss von „Antifa“-Gruppen aus Berlin, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen, der dem gemäßigten „antideutschen“ Spektrum zuzuordnen ist, zu Protestaktionen auf. Durch die Wiedervereinigung sei es nach Ansicht der Autonomen zu einem Wiedererstarken des deutschen Nationalismus gekommen. Zudem befände sich Deutschland erneut auf dem Weg zu einer wirtschaftlichen und politischen Weltmacht.

Urteilsverkündung im Prozess gegen drei Angehörige der „militanten gruppe (mg)“ am 16. Oktober in Berlin – Solidaritätsaktion in Leipzig

Am 16. Oktober 2009 verurteilte das Berliner Kammergericht drei Angehörige der „militanten gruppe“ (mg) wegen versuchter Brandstiftung sowie Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zu mehrjährigen Haftstrafen. Das Gericht folgte damit den Anträgen des GBA. Die Verteidigung kündigte an, Revision einzulegen.

Bereits im Vorfeld war innerhalb des linksextremistischen Spektrums bundesweit zu dezentralen Solidaritätsaktionen und Protestkundgebungen für den Tag der Urteilsverkündung („Tag X“) aufgerufen worden.

Im Nachgang der Urteilsverkündung kam es zu Spontandemonstrationen, Solidaritätsbekundungen und militanten Aktionen in Düsseldorf, Hamburg, Berlin, Bremen, Hannover, Marburg und Stuttgart. Im Leipziger Stadtteil Connewitz erfolgten Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen der autonomen Szene und Polizeikräften. Polizeiangaben zufolge versammelten sich ca. 200 Autonome im Bereich des Connewitzer Kreuzes, errichteten Barrikaden, setzten drei PKW und Müllcontainer in Brand und bewarfen eintreffende Polizeikräfte mit Flaschen und Steinen. Veröffentlichungen im Internet zufolge soll es sich um eine Solidaritätsdemonstration im Zusammenhang mit dem o. g. Verfahren gehandelt haben.

Beteiligung von Linksextremisten an den Protesten gegen eine Demonstration der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) am 17. Oktober 2009 in Leipzig

An den Protesten gegen die JN-Demonstration beteiligten sich Polizeiangaben zufolge 2.500-3.000 Personen, darunter neben Nichtextremisten auch Autonome.

Auch bei dieser Demonstration setzte die autonome Szene die bereits vorher angekündigte Taktik des „dezentralen Konzeptes“ um. Im Verlauf der Gegenaktivitäten bewarfen agierende

Kleingruppen Polizeibeamte mit Steinen. Außerdem kam es zu Beschädigungen an Verkehrseinrichtungen sowie zur Inbrandsetzung von auf die Straße geschobenen Containern. Des Weiteren wurden drei PKW umgestoßen sowie ein Reisebus, mit dem Teilnehmer der rechtsextremistischen Demonstration angereist waren, beschädigt.

Am Nachmittag des 17. Oktober 2009 wurde für 18.00 Uhr eine Spontandemonstration in der Leipziger Braustraße angekündigt, um Solidarität mit den bei den Ausschreitungen Festgenommenen zu bekunden. Veröffentlichungen im Internet werten diese auf Grund des erfolgten Polizeieinsatzes als nicht erfolgreich. So heißt es bspw. *„...die sich so nennende „richtige“ antifa hat eine abendliche sponti total gegen den baum gefahren.“*⁴

Insgesamt wurden im Zusammenhang mit dem 17. Oktober 2009 114 Personen beider Lager in Gewahrsam genommen.

Neben der Verteilung von Flyern und der Durchführung einer Mobilisierungsveranstaltung am 12. Oktober in Leipzig erfolgte die Mobilisierung zu den Gegenaktivitäten der autonomen Szene vor allem über das Internet. Eigens dafür war eine Seite eingerichtet worden, auf der über die rechtsextremistische Demonstration informiert und die Anwendung des „dezentralen Konzeptes“ angekündigt wurde. Mobilisierungshinweise fanden sich auch auf regionalen und überregionalen Internetseiten autonomer Gruppierungen bspw. aus Thüringen und Berlin.

Die Gegenaktivitäten werden in der linksextremistischen Szene kontrovers diskutiert. Zwar wird die Verhinderung der rechtsextremistischen Demonstration als Erfolg gewertet, jedoch – so verschiedene Reaktionen in Internetbeiträgen – sei dieser in großem Maße der „Zivilgesellschaft“ und der Polizei zuzurechnen.

In einem Internetbeitrag ist folgendes Fazit bezüglich der Gegenaktionen zu finden:

„(...) dass es weniger der große, schwarze Moloch der AntiD's⁵ war, der die Nasen am Lat-schen gehindert hat, als das böse, böse bürgerliche Spektrum aka „Spießler“ (...).“

Weiter heißt es dann, es lasse *„sich wohl eher reüssieren, dass es die Einwohner von Leipzig und Team Green waren, die den Marsch geblasen haben, und nicht die krassen AntiD (...).“*⁶

Kurzmeldungen

- ***DKP-Konferenz anlässlich der 60. Jahrestage der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und DDR***

Am 17. Oktober fand in Leipzig unter dem Motto: „Und der Zukunft zugewandt - 60 Jahre BRD – 60 Jahre DDR“ eine Konferenz der DKP statt. An der vom DKP-Parteivorstand, der DKP in Sachsen und der DKP-Gruppe Leipzig ausrichteten Veranstaltung nahmen ca. 50 Mitglieder und Sympathisanten der Partei teil. Der Vorsitzende der DKP-Gruppe Leipzig eröffnete die Veranstaltung und forderte in seiner Rede neben einem Verbot der NPD ein Ende der „Geschichtsfälschung“, in der Sozialisten und Kommunisten als Täter dargestellt werden würden. Als Referenten der Tagung traten u. a. auch der DKP-Bundesvorsitzende Heinz STEHR und die stellvertretende Bundesvorsitzende Nina HAGER auf. In seinem Schlusswort betonte STEHR die enge Verbundenheit der DKP mit der DDR. Resümierend wird in der DKP-Wochenzeitung „Unsere Zeit“ (UZ)⁷ zur Veranstaltung festgestellt:

⁴ Schreibweise wie im Original.

⁵ Bezeichnung steht für die s. g. „Antideutschen“.

⁶ Schreibweise wie im Original.

⁷ UZ vom 23.10.2009, Seite 9.

„Wir müssen aus der Geschichte lernen, aber aktuell mit diesem Wissen und der Überzeugung, dass Sozialismus möglich und nötig ist, die gesellschaftliche Situation und den Bewusstseinsstand vor allem in der Arbeiterklasse analysieren und in die Kämpfe gehen -vor allem aktiv die Kämpfe der Belegschaften und Gewerkschaften unterstützen.“

2.2 Herausragende Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund

Über die unter Punkt 2.1 genannten Straftaten hinaus war im Monat Oktober folgende Straftat zu verzeichnen:

Landfriedensbruch am 18. Oktober 2009 in Dresden

Einer Polizeimeldung zufolge wurden drei Personen, die an einer Demonstration der rechtsextremistischen Szene in Leipzig teilgenommen hatten, durch ca. 20 maskierte Personen tätlich angegriffen. Ein Geschädigter erlitt dabei schwere Kopfverletzungen.

3. Ausländerextremismus

3.1 Islamismus/ Islamistischer Terrorismus

Gefährdungslage in Zusammenhang mit der Bundestagswahl am 27. September 2009

Bereits vor der Bundestagswahl bestand nach Einschätzung der deutschen Sicherheitsbehörden eine hohe abstrakte Gefährdung für Deutschland und deutsche Interessen im Ausland.

Die kurz vor der Bundestagswahl im Internet veröffentlichten und direkt an Deutschland gerichteten Video- und Audioverlautbarungen stellen eine völlig neue Qualität der Bedrohung dar und sind ein Zeichen dafür, dass Deutschland nunmehr direkt in den Fokus internationaler islamistischer Terroristen gerückt ist.

Da auch nach der Wahl keine wesentliche Lageveränderung zu verzeichnen ist, besteht die bisherige Gefährdungseinschätzung fort.

Das bisherige Ausbleiben eines Anschlages kann nicht als Relativierung der derzeitigen Gefährdungslage gewertet werden. Die sehr hohe abstrakte Gefährdung, wie sie auch bereits vor der Bundestagswahl bestand, dauert an, wenngleich es gegenwärtig keine konkreten Hinweise auf einen terroristischen Anschlag gibt.

Prozessbeginn gegen den Mörder der Ägypterin Marwa EL-SHERBINY vor dem Landgericht Dresden

Am 26. Oktober 2009 begann vor dem Landgericht in Dresden die Verhandlung gegen den Mörder der Ägypterin Marwa EL-SHERBINY.

Vor Prozessbeginn tauchte im Internet ein Mordaufruf gegen den Täter auf.

Die Hauptverhandlung fand unter verschärften Sicherheitsvorkehrungen statt.

Islamisten versuchten, den Prozess für propagandistische Zwecke zu missbrauchen. Unter anderem agierte eine der Salafisten-Szene zuzurechnende Person als Prozess-Berichterstatter. Er bemängelte die zu geringe Anteilnahme an dem Prozess und rief alle Muslime zur Teilnahme an der Urteilsverkündung auf.

Ziel dieser Person und ihrer Anhänger ist die Brandmarkung islamkritischer Stimmen und die Diffamierung der deutschen Gesellschaft und Politik als islamfeindlich insbesondere im Hinblick auf die internationale Presseberichterstattung.

3.2 Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Kurden – „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) und Nachfolgeorganisationen

Großdemonstration für Abdullah ÖCALAN am 10. Oktober 2009 in Straßburg

An der von der „Föderation der kurdischen Vereine in Frankreich“ (FEYKA)⁸ organisierten Demonstration unter dem Motto „Wir haben Widerstand geleistet. Wir leisten Widerstand. Wir werden Widerstand leisten.“ beteiligten sich nach Angaben des Veranstalters 5.000 bis 7.000 Personen. Die Polizei zählte 3.100 Teilnehmer.

Anlass der Aktion war der elfte Jahrestag des „Internationalen Komplotts gegen den Führer der PKK, Abdullah ÖCALAN“.

⁸ Schwesterorganisation der „Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.“ (YEK-KOM). Beide sind in der „Konföderation kurdischer Vereine in Europa“ (KON-KURD) organisiert, die der PKK nahesteht. (Vergleiche Verfassungsschutzbericht des Bundesministeriums des Innern 2008, S. 277.)

Hintergrund

ÖCALAN war im Oktober 1998 auf Drängen der Türkei aus seinem Exil in Syrien, von wo aus er die PKK leitete, verwiesen worden. Daran schloss sich eine Odyssee durch mehrere Länder an, die ihr Ende mit seiner Festnahme im Februar 1999 in Kenia fand. Die Ausweisung ÖCALANs und dass er in keinem der Länder, in denen er Station machte, Asyl erhielt, betrachtet die PKK als „Internationales Komplott“.

Die Veranstaltung in Straßburg verlief ohne Störungen und wurde mit einer Kundgebung beendet. Es sprachen der Vorsitzende des „Volkskongresses Kurdistan“ (KONGRA GEL)⁹ und ein Anwalt Abdullah ÖCALANs. Der Vorsitzende des Exekutivrates der „Vereinten Gemeinschaften Kurdistan“ (KCK)¹⁰, Murat KARAYILAN, wandte sich per Videobotschaft an die Demonstranten. Weitere Botschaften übermittelten die Frauenorganisation „Koma Jinen Bilind“ (KJB)¹¹ und die Frontorganisation der PKK bzw. ihrer Nachfolgeorganisationen „Koordination der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa“ (CDK). Es wurde die „Verleugnungs- und Vernichtungspolitik“ des türkischen Staates und das „internationale Komplott gegen das gesamte kurdische Volk“ angeprangert, während die Kurden seit vielen Jahren auf Frieden und Dialog setzten. KARAYILAN warnte in seiner Botschaft vor der Fortsetzung des „Internationalen Komplotts“ und der Vernichtungspläne. Diejenigen, die darauf beharrten, würden es bereuen.¹²

⁹ Nachfolgeorganisation der PKK und vom Betätigungsverbot für diese in der Bundesrepublik Deutschland mitbetroffen.

¹⁰ Nachfolgeorganisation der PKK und vom Betätigungsverbot für diese in der Bundesrepublik Deutschland mitbetroffen.

¹¹ Deutsch: „Vereinigung der stolzen Frauen“. Sie ist den von der PKK bzw. ihren Nachfolgeorganisationen unterhaltenen Massenorganisationen zuzurechnen.

¹² Roj TV, türkischsprachige Nachrichtensendung vom 10.10.2009.